

Die EnWG-Novelle und die Unabhängigkeit der BNetzA – Überlegungen in 3 Thesen

Vortrag auf dem 22. Deutschen Energierechtstag am
24. August 2023 in Essen

Prof. Dr. Jochen Mohr, enreg Berlin

Die EnWG-Novelle und die Unabhängigkeit der BNetzA

- **These 1: Der Gesetzgeber folgt dem dualen Modell**
- **Regelungen zum Netzzugang sind nicht vollständig in Festlegungskompetenzen zu überführen:**
 - Normen mit grundsätzlichem Inhalt sind kraft Wesentlichkeit vom Gesetzgeber zu normieren und können im EnWG verbleiben.
 - Operative Normen, die eine vertiefte Fachkompetenz im Einzelfall erfordern, sind in Festlegungen der BNetzA zu überführen.
- **Beispiel: Bilanzkreise gem. § 20 Abs. 1a S. 7-9 EnWG-E**
 - § 20 Abs. 1a S. 7 EnWG-E ersetzt § 26 Abs. 1 StromNZV.
 - § 20 Abs. 1a S. 8 und 9 EnWG-E ersetzen im Wesentlichen § 4 Abs. 2 S. 2 StromNZV.
 - Die inhaltliche Ausgestaltung des Bilanzkreisvertrags und des Bilanzierungssystems obliegt nach § 20 Abs. 3 EnWG-E der BNetzA.

Die EnWG-Novelle und die Unabhängigkeit der BNetzA

- **These 2: Die Abweichungskompetenzen der BNetzA sind verfassungskonform**
- **Kein Verstoß gegen Vorrang des Gesetzes:**
 - Die Verwaltung wird nicht ermächtigt, eigenständig Regelungen ohne Rückbindung an das Gesetz zu erlassen.
 - Abweichungskompetenzen beruhen auf dem EnWG als formellem Gesetz und beziehen sich auf niederrangige Rechtsverordnungen.
- **Einführung von Abweichungskompetenzen der BNetzA ist unionsrechtlich geboten:**
 - Rechtsverordnungen zum Netzzugang gelten im Interesse der Rechtssicherheit befristet fort.
 - Gesetzgeber muss Maßnahmen zur Umsetzung des EuGH-Urteils unverzüglich einleiten und innerhalb kürzester Frist abschließen.

Die EnWG-Novelle und die Unabhängigkeit der BNetzA

- **These 3: Ein hinreichender Rechtsschutz der Netzbetreiber ist normativ gewährleistet**
- **Ausgangspunkt:** Bundesgesetzgeber darf keine über das Unionsrecht hinausgehenden materiell-rechtlichen Vorgaben machen.
- **Herstellung von Gerechtigkeit durch Verfahren:**
 - § 74 S. 2 EnWG-E enthält erweiterte Pflichten zur Veröffentlichung von Entscheidungen der BNetzA.
 - § 73 Abs. 1b EnWG-E verschärft die Anforderungen an die Begründung von Festlegungen.
- **Ergänzendes Prüfkriterium:** Stand der Wissenschaft.

**Ich bedanke mich für Ihre
Aufmerksamkeit!**